Der Bund – Dienstag. 19. Iuli 2016

Bern



D Aare ab

Fabio Fusa überlistet die Forellen mit einem Kunstköder. 19

Statt einer Kreuzfahrt nach Istanbul ins Berner Oberland

Nach den Ereignissen von letzter Woche überdenken viele ihre Ferienpläne. Das Oberland könnte profitieren.

Michael Hunkeler

Die Terroranschläge und der Putschversuch schaden den Tourismusdestinationen Frankreich und Türkei. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) empfiehlt seit kurzem, bei Türkeireisen «grosse Vorsicht walten zu lassen».

Die Ereignisse gehen an den betroffenen Ländern nicht spurlos vorbei. Laut René Loosli von Loosli Reisen Bern gehören die Türkei und Frankreich zusammen mit Tunesien und Ägypten zu den Verlierern im diesjährigen Sommergeschäft. «Die Türkei empfehlen wir schon seit dem Anschlag in Ankara vom Oktober letzten Jahres nicht mehr», sagt Loosli. Eine objektive Empfehlung sei aber schwierig: Anders als beispielsweise bei einer Epidemie oder einem Erdbeben müsse man sich bei der terroristischen Gefahr auf sein Bauchgefühl verlassen.

Auch bei Schär-Reisen stellt man seit längerem eine gewisse Zurückhaltung fest gegenüber Ferien in der Türkei. Problematisch sei es aber noch nicht: «Das dürfte sich schnell ändern, sollte in einer Badedestination etwas passieren.» Dann könnte es zu einem weiteren Einbruch beim Tourismus kommen, sagt der ehemalige Geschäftsführer Schämpu

Spürbarer ist der Effekt bei grossen Reiseanbietern wie Hotelplan. Verglichen mit den Zahlen aus dem letzten Jahr ging laut Mediensprecherin Prisca Huguenin-dit-Lenoir die Zahl der Reisen in die Türkei um 70 Prozent zurück. Ebenfalls einen hohen zweistelligen Rückgang verzeichnen Ägypten und Tunesien. Seit dem versuchten Putsch in der Türkei und dem Anschlag in Nizza seien weitere Rückgänge zu verzeichnen: Rund 40 Prozent der Städtetrips nach Nizza und ein Fünftel der Reisen in die Türkei wurden annulliert.

Bergregionen könnten profitieren

Von der unsicheren Lage in den betroffenen Regionen profitieren andere Ferienziele. Bei den Badeferiengästen verzeichnet Hotelplan Suisse eine Zunahme der Buchungen für Italien, Spanien und Zypern. Auch Länder im Norden konnten zulegen, vor allem Island und die skandinavischen Länder Schweden, Norwegen und Finnland. Und auch Schweizer Bergregionen könnten von dieser Entwicklung profitieren: Laut Huguenin entscheiden sich unter den aktuellen Bedingungen viele dazu, ihre Fe-



Nicht mehr so gefragt: Ein Kreuzfahrtschiff verlässt den Hafen von Istanbul. Foto: Murad Sezer (Keystone/AP Photo)

«Wander- und Wellnessferien in der Schweiz haben sich verdreifacht.»

Prisca Huguenin-dit-Lenoir, Hotelplan

rien in der näheren Umgebung und in der Schweiz zu verbringen. «Buchungen für Wander- und Wellnessferien in den Bergregionen der Schweiz haben sich im Vergleich zum Vorjahr gar verdreifacht.»

Philippe Sproll, Geschäftsführer von Tourismus Jungfrau Region, zeigt sich darob wenig überrascht: «Das entspricht unseren Erwartungen.» Zwar habe man noch keine konkreten Zahlen, «wir rechnen aber damit, dass sich viele Touristen

nach sicheren Alternativen umschauen werden. Dazu gehört auch die Schweiz.» Auch Urs Pfenninger, Tourismusdirektor von Adelboden-Frutigen, kann sich gut vorstellen, dass die Vorkommnisse diesen Effekt haben könnten.

Keine Trendwende in Sicht

Für die Bergregionen wäre eine Trendwende wünschenswert: Seit rund sieben Jahren gehen die Logiernächte in den meisten alpinen Feriendestinationen zurück, während sowohl der Städte- als auch der Strandtourismus gewachsen sind.

Monika Bandi, Leiterin der Forschungsstelle Tourismus (CRED) an der Universität Bern, merkt allerdings an, dass dieser Verlagerungseffekt kaum länger anhalten wird. Es sei denkbar, dass die Leute aufgrund der Ereignisse kurzfristig zu Hause oder in der näheren Region blieben. «Die meisten dürften aber eher auf vergleichbare Alterna-

tiven umsteigen und anstelle von Badeferien in der Türkei beispielsweise Ferien in Spanien oder Italien buchen.»

Auch die weitere Entwicklung in den betroffenen Regionen hänge von mehreren Faktoren ab. «Ein negatives Grossereignis während der Ferienzeit kann innert Kürze viele Annullierungen und eine Abnahme des Tourismus zur Folge haben», sagt Bandi. Passiere aber längere Zeit nichts mehr, könne sich die Lage wieder normalisieren.

Anders sehe es aus, wenn sich die Anschläge häuften, sagt Bandi. In einem solchen Fall könne es sein, dass sich das Image zementiere und die Feriendestination als unsicher gelte. Für eine Region, die vom Tourismus lebe, sei das ein Desaster: Laut Bandi sind Sicherheit und politische Stabilität für die meisten Touristen zentrale Anliegen. «Politische Instabilität kann dazu führen, dass die Touristen ein Land auch langfristig meiden.»

Adelboden sucht wieder neue Investoren

Es hat sich abgezeichnet: Das Millionen teure Alpenbad wird nicht gebaut. Die Investoren sind abgesprungen.

Das 120-Millionen-Projekt für ein luxuriöses Alpenbad in Adelboden ist endgültig gescheitert: Die Baubewilligung ist verfallen, das Baurecht geht an die Gemeinde zurück. Das teilten der Gemeinderat und die vermeintlichen Investoren gestern mit. Das Scheitern hat sich abgezeichnet, nachdem die Gemeinde bereits vor einigen Wochen die mangelnde Zusammenarbeit mit den Investoren beanstandet hatte (siehe «Bund» vom 2. Juni 2016).

Was die Gemeinde nun mit ihrer Brache im Ortszentrum anfangen will, ist offen. Bis 1996 stand dort das Hotel Nevada. Nach der Zerstörung durch einen Brand begannen die Planungen für einen Neubau. Die Idee eines Luxushotels mit Bäderlandschaft namens Alpenbad wurde 2006 präsentiert. Drei Jahre später lag die erste Baubewilligung vor. Doch es gab immer wieder Rückschläge. So zogen sich 2010 die kuwaitischen Investoren zurück. Später wurde das Projekt mehrfach überarbeitet, reduziert und wieder erweitert.

Baubewilligung erloschen

Die Innovafina Development AG wurde im Herbst 2014 als neuer Investor präsentiert. Ihr gelang es immerhin, die Mittel für den Abbruch der zum Areal gehörenden Liegenschaften aufzutreiben. Ende Juni 2016 wurde der Rückbau der alten Curlinghalle, des Eisfelds und des Schwimmbads abgeschlossen, und das Terrain wurde planiert. Damit wäre der Weg frei gewesen für den Neubau des Alpenbads – doch es fehlt offenbar das Geld. Die Baubewilligung ist nun endgültig erloschen, wie der Gemeinderat mitteilt.

Das Baurecht geht an die Gemeinde zurück. Die Details sollen im August mit der Innovafina Development AG geklärt werden. Dabei werde es auch um die Abgeltung der bisherigen Abbruchkosten gehen, schreibt die Gemeinde. Entwickelt wurde das Alpenbad-Projekt von der Swiss Spa Group AG (SSG). Die Projektrechte gingen 2014 an die Innovafina über. Diese strebte ein öffentlich zugängliches Bad und ein Fünfsternhotel mit 200 Betten an. Auch Kongressräume waren vorgesehen.

Investor: «Nicht mehr euphorisch»

Der gescheiterte Bauherr des Adelbodner Alpenbad-Projekts hat Spekulationen zurückgewiesen, wonach ihm das Geld für den Neubau fehle. «Finanzierungslösungen» seien vorhanden gewesen, erklärte Werner Fehlmann von der Innovafina Development AG der Nachrichtenagentur SDA. Mit dem Heimfall des Baurechts sei er aus einem anderen Grund einverstanden: Unter den gegebenen Rahmenbedingungen könne er das Projekt nicht weiter verfolgen.

Es müsste nämlich in einem Zug gebaut und abgeschlossen werden. Umplanen sei nicht einmal innerhalb der Baubewilligung möglich. Denn im Baurechtsvertrag sei festgelegt worden, dass ein Planungsunterbruch zum Verlust der Baubewilligung führe.

Fehlmann äusserte sich in dem schriftlich geführten Interview im Weiteren zurückhaltend zur Rentabilität des geplanten Projekts. «Es ist nicht einfach, ein solches Projekt in der heutigen Tourismus- und Wirtschaftssituation profitabel zu betreiben. Das ist uns schon länger bewusst», so Fehlmann. Deshalb sei man «nicht mehr euphorisch». Wer hinter der Innovafina steht, blieb bis am Schluss unklar. Die mangelnde Transparenz bei der Investorengruppe sorgte von Anfang an für Stirnrunzeln im Dorf. Manche Einheimische standen den Plänen von Beginn an skeptisch gegenüber. Sie zweifelten daran, dass ein Alpenbad rentieren könnte, und schlugen stattdessen den Bau eines Familienhotels vor. (sda)

Meinungen zum gescheiterten Umsturzversuch in der Türkei

Berner SP-Stadtrat war Zeuge des Militärputschs

Das Vorgehen des türkischen Präsidenten gegen mutmassliche Unterstützer des Putsches sorgt für Kritik. Uneins ist man darüber, wer hinter dem Umsturzversuch steckt.

Jean-Michel Wirtz

Freitagabend, gegen 22.30 Uhr. Der Berner SP-Stadtrat Fuat Köçer sitzt mit seiner Familie im Stadtpark von Ankara. Plötzlich donnern immer wieder tief fliegende Kampfjets über sie hinweg. Beunruhigt macht sich die Familie, die sich derzeit wegen einer Hochzeit in der Türkei aufhält, auf den Weg in ihre Stadtwohnung. Noch glaubt sie an eine Militärübung. Im Fernsehen hört die Familie dann das Verlesen einer Mitteilung des türkischen Militärs: Die Armee habe die Macht übernommen. Der Bevölkerung werde geraten, zu Hause zu bleiben. Die ganze Nacht hört man Schüsse und Explosionen. Die Putschisten greifen das in der Nähe liegende Parlament an, berichtet Köçer dem «Sonntagsblick». Doch der Putschversuch scheitert. Nun gehe der Alltag in Ankara weiter, sagt Köçer, der sich weiterhin in der Stadt aufhält, gestern dem «Bund». «Die Lage scheint sich für die Bewohner der Stadt wieder zu normalisieren.» Die Reaktionen auf den Putsch seien bei der Bevölkerung gemischt.

Inszenierter Staatsstreich?

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan macht seinen Erzfeind, den in den USA im Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen, für den Putschversuch verantwortlich. Köçer bewertet einen Zusammenhang zwischen Gülen und dem Putsch als «plausibel aufgrund des historischen Kontexts». Gülens Bewegung verfüge noch immer über grosse Macht. Hingegen könne er sich nicht vorstellen, «dass Erdogan den gescheiterten Putsch selbst inszeniert haben soll, obwohl ich zum Teil die Menschenrechtsverletzungen der Regierungspartei mit Besorgnis verfolge».

Mehmet Darga, Sprecher der Demokratischen Gesellschaftszentren der Kurden in Bern, sieht hingegen Erdogan als Verantwortlichen. Dieser habe den Putsch selbst geplant, «um sich internationale Unterstützung zu sichern und Chaos zu stiften». Erdogans Ziel sei, «Massaker, Korruption, Diebstähle und Verletzungen der Verfassung, die er begangen hat», in den Hintergrund zu drängen und sein Image zu korrigieren.

Darga hält es ebenfalls für möglich, dass Erdogan von der Planung des Putsches erfuhr und die Putschisten gewähren liess. «Denn ohne Vorbereitung ist es unmöglich, bereits einen Tag nach dem Putsch Tausende angebliche Unterstützer zu identifizieren und zu verhaften.» Tausende Richter, Staatsanwälte, Poli-



Fuat Köçer SP-Stadtrat

zisten und Armeeangehörige wurden nach dem Putsch von Freitagabend festgenommen oder suspendiert. Erdogan selbst spricht von einer «Säuberung» und hat die Wiedereinführung der seit 2004 abgeschafften Todesstrafe ins Spiel gebracht.

Ablehnung der Todesstrafe

Die Todesstrafe lehnen Köçer und Darga vehement ab. Köçer sieht sich zwar «als Berner Stadtpolitiker nicht in der Lage, die Verhaftungen und Absetzungen zu beurteilen.» Jedoch hoffe er, dass «auf keinen Fall» die Todesstrafe wieder eingeführt werde. «Es gibt nichts wichtigeres als Menschenleben und Menschenrechte», sagt Köçer.

Wenn die Todesstrafe wieder eingeführt werde, solle sich die Europäische Union einmischen, fordert Darga. «Die europäischen Länder haben wirtschaftliche Macht über Erdogan und könnten ihn so unter Druck setzen.» Derzeit verhielten sich die Kurden in der Schweiz ruhig und warteten die weiteren Entwicklungen in der Türkei ab, so Dargas Einschätzung.